

Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsschrift: Tagesblatt Riesa,
Jahrgang Nr. 20.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und des Rates der Stadt Riesa,
des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postkontonto: Dresden 1800
Postkassa Riesa Nr. 22.

Nr. 190.

Dienstag, 16. August 1921, abends.

74. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 4.— Mark ohne Zustellgebühr, bei Abholung am Postkassier monatlich 4.10 Mark ohne Postgebühr. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 43 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Zeile (7 Zeilen) 1.10 Mark, Preis für 1.— Mark; zeitraubender und tabellarischer Kontrast gerät, Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Vierzehntägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Verfertiger-Einrichtungen — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winteritz, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Gähnel, Riesa; für Anzeigen: L. W. O. Uhlmann, Riesa.

Umlagegetreide betr.

Denjenigen Landwirten, die ihre Umlagepflichten für das Umlagegetreide erfüllt haben, wird vom Kommunalverband eine Bescheinigung hierüber erteilt werden, die auch zum Ausdruck bringt, daß der Inhaber nach dem Gesetz über die Regelung des Verkehrs mit Getreide vom 21. Juni 1921 (Reichsgesetzblatt Seite 737) in der Verfügung über den Rest seines Getreides, vorbehaltlich des Verfüterungsverbot, völlig unbeschränkt ist. Jeder Landwirt, der sich im Besitze dieser Bescheinigung befindet, hat behördliche

Eingriffe bei der freien Verfügung über den Rest seines Getreides — vorbehaltlich der Fortdauer des nach § 43 der angeführten Verordnung aufrechterhaltenen Verfüterungsverbotes — nicht zu befürchten.

Großenhain, am 15. August 1921.

Der Kommunalverband.

Saferkauf neuer Ernte aufgenommen. Angebote mit Proben und Preisforderung frei Magazin Riesa erbeten.

Vertilches und Sächsisches.

Riesa, den 16. August 1921.

Wieder ein Schwindelkonzern zusammengebrochen. Auch in Leipzig ist nun ein „Sport-Konzern“ zusammengebrochen und zwar der „Sächsische Sport-Konzern“ v. m. b. H., dessen letzter alleiniger Inhaber, ein Herr Dr. jur. Erich Funke, 28 Jahre alt, war, der sich jetzt in Haft befindet. In kaum vier Wochen hatte Funke etwa 142 000 Mark, als Wetteneinlage zu verwenden, eingenommen, diese Summe jedoch bis auf 20 000 Mark ausgegeben und mit seinem Buchhalter, den er in seinen Verkehrskreisen der Leipziger Weltweit, als seinen „Privatsekretär“ vorstellte, durchgebracht. Dieser, namens Johannes Winkler, 20 Jahre alt, aus Leipzig-Kleinbischdors, ist flüchtig geworden, wird aber von der Polizei verfolgt. Wie bei allen diesen Unternehmen, bestanden nicht nur am Orte mehrere Annahmestellen des Konzerns die Hauptannahmestelle befand sich am Königsplatz, sondern an fast allen größeren Städten Deutschlands waren Vertreter tätig, die dem Publikum unter der Auflage von zunächst 100%, später 50% Gewinnanteil, das Geld aus den Taschen lockten. Winkler reist vermutlich noch von Ort zu Ort und wird von den Unterverkäufern deren Einkünfte zu erlangen suchen. Die Kriminalpolizei stellte fest, daß die gesamte Durchführung des Konzerns eine äußerst mangelhafte war und seit etwa 14 Tagen überhaupt nichts eingetragen war. Der Konzern wird jedoch nicht angeordnet werden, weil der bekannte Berliner Sportkonzern-Inhaber Karl Köhn sich gegen Verhaftung des Privatsekretärs des Dr. Funke verpflichtet hat, sämtliche bis 10. 8. entstandene Verbindlichkeiten zu übernehmen. Die Eingabler werden also darum vermutlich mit einem blauen Auge davonkommen.

Sur Wiedereröffnung der Elbeschiffahrt. Ab Dienstag tritt ein neuer Fahrplan in Kraft, der im allgemeinen die günstigen Verbindungen des vorhergehenden Planes beibehält, sich hinsichtlich einiger Fahrten aber der vorgeschrittenen Jahreszeit mehr anpaßt. Die neuen Pläne sind wieder an den Bahn- und Dampferstationen, sowie in vorl. Nr. 25. 11. veröffentlicht, sodas jedermann bequeme Gelegenheit hat, sich über die Fahrpläne zu unterrichten. Monatskarten, Festfahrkarten, Rückfahrkarten werden auch ferner ausgeben. Bei Vereins- und Schulausflügen werden auch weiterhin Ermäßigungen gewährt. Frachtkübel werden an allen Stationen angenommen und schnellstens befördert.

Und eingefangen. Gestern abend wurde ein dunkelgrauer Hund, etwa 45 Zentimeter groß, mit kupfertem Schwanz, ohne Halsband und Stenemarte, eingefangen. Der Eigentümer kann sich in der hiesigen Volkswache melden.

Postkassierverlust. Ein hiesiger Einwohner erhielt dieser Tage aus Dresden eine Ansichtspostkarte, die nicht weniger als nahezu 10 Jahre gebraucht hat, bis sie in die Hände des Adressaten gelangte. Die Postkarte trägt den Poststempel: „Dresden-Mittl., 25. 9. 11 6—7 U.“. Jüngere Merkmale, die erkennen ließen, wo sie in den 10 Jahren ihr Verbleib gehabt oder ob sie eine lange Irrfahrt durchgemacht, zeigt die Karte nicht. Der Adressat ist während der 10 Jahre in Riesa anhaltlich gewesen.

Das Hilfswerk für Ober-Sachsen. Vom Landesauswahls Freistaat Sachsen „Obersächsischer Hilfsverein“ geht uns mit der Bitte um Veröffentlichung folgender Aufruf zu: Weitere Hilfe für Ober-Sachsen ist dringend nötig. Wohl ist die Zahl der aus Ober-Sachsen Vertriebenen und Obdachlosen, der Mißhandelten, Verwundeten und Sterbenden, und entsetzlich ihre Not. Baldige Hilfe tut not, ehe es zu spät wird. Wie bekannt ist, haben sich in Sachsen das Sächsische Rote Kreuz, die vereinigten Verbände heimattreuer Obersächsischer, Landesgruppen Sachsen in Leipzig und der Grenzmarken-Schutzverband an dem „Obersächsischen Hilfsverein“ vereinigt und ist den genannten drei Verbänden vom Ministerium des Innern die Genehmigung zum Sammeln von Geld und Sachen im Besitze des Freistaates Sachsen erteilt worden. Auch in Sachsen soll nunmehr nach dem Beispiel im Reich zum Zwecke der strengeren Erfassung und einheitlichen Leitung des Sammelwerkes ein Landesauswahls „Obersächsischer Hilfsverein“ ins Leben treten und hat sich zunächst der geschäftsführende Ausschuss gebildet, der aus je 2 Vertretern der Sächsischen Rote Kreuzes und der vereinigten Verbände heimattreuer Obersächsischer sowie je ein Vertreter des Grenzmarken-Schutzverbandes und des Ministeriums des Innern besteht. Die Geschäftsstelle des Ausschusses befindet sich Dresden, Taschenbergpalais 1. Der Landesauswahls hat empfohlen, daß sich in allen größeren Orten bzw. in gemeinsamen Bezirken aus Vertretern der genannten drei Verbände bzw. in Vereinen mit den Gemeindevorstellungen Ortsauswahls bilden und das Sammelwerk örtlich regeln müßten. In dem Landesauswahls Freistaat Sachsen „Obersächsischer Hilfsverein“ soll nunmehr das ganze Sammelwerk, soweit Sammlungen im Gebiet des Freistaates Sachsen in Frage kommen, zusammenlaufen und alle Anfragen und Verhandlungen dorthin geleitet werden. Alle Geldspenden sollen durch die Ortsauswahls auf das Konto des Landesauswahls Freistaat Sachsen „Obersächsischer Hilfsverein“ bei der Dresdner Bank überwiesen werden. Sammlungen einzelner Personen aber Bäuerlichen wärdern zur Vermittlung der Ver-

splitterung des Sammelwerkes unterlassen werden. Sammlungen für Sachen (Reinigungsmittel, unverderbliche Lebensmittel etc.) die dringlichst gebraucht werden, namentlich auch für die Flüchtlinge, werden zweckdienlicherweise bei den Ortsauswahls abgeben werden. Erfreulicherweise haben die zur Vertretung von Handel und Gewerbe geleglich berufenen Körperschaften in ihrer Fachzeitschrift die Mitglieder des deutschen Industrie- und Handelskongresses zur Unterstützung des Obersächsischen Hilfswerkes aufgefordert und auch der Reichsverband hat sich in seiner Korrespondenz mit einem Aufruf, zu helfen, an seine Mitglieder gewandt. Zahlreiche und erhebliche Stiftungen sind schon gemacht worden. Auch die Arbeiter verschiedener Werke haben schon zu Gunsten ihrer notleidenden ober-sächsischen Brüder eine Stunde länger gearbeitet. Große Mittel sind aber nötig, da die Not Obersachsens entsetzlich ist.

Der sächsische Wirtschaftsminister Fellich, der seit jeher als der Vater des sozialistischen-Kommunistischen Bloßes in Sachsen galt, hat bekanntlich in der mehrheitlich sozialistischen Zeitschrift „Die Glocke“ einen längeren Artikel veröffentlicht, in dem er das Fiasko, das die sozialistischen Regierungsparteien in Sachsen mit den Kommunisten erlitten haben, bespricht und für eine Annäherung an die bürgerliche Linke eintritt. Die „Dresdner Volkszeitung“, die sich in ihrer gestrigen Nr. ebenfalls mit dem Artikel beschäftigt, sucht dessen Eindruck abzuwischen und meint, daß für Fellich eine solche Koalition mit bürgerlichen Linksparteien nur unter ganz bestimmten Garantien in Frage komme. Das Blatt unterstreicht ferner ausdrücklich die Bemerkung des „Dresdner Anzeigers“, daß Fellich's Artikel eine neue Frontstellung gegen die Deutsche Volkspartei bedeute und spricht sich sodann über die Stellung der Sozialdemokratie zu den Kommunisten und über die Koalitionsmöglichkeiten mit republikanisch-demokratischen Parteien wie folgt aus: „Zu all diesem Gerede (gemeint sind die Auslassungen der bürgerlichen Blätter zu dem Artikel Fellich's. D. Red.) ist festzustellen, daß weder Fellich, noch die Genossen des Chemnitzer Bezirks, noch sonst jemand in der Sozialdemokratie auf den Kommunisten seit dem Anschlag auf Moskau eine andere Stellung eingenommen hat, als sie in dem zitierten Artikel zum Ausdruck kommt. Unter Vermeidung zur Demokratie und das der Kommunisten zur Diktatur steht zwischen ihnen und uns eine klare Trennungslinie. Und ein Zusammengehen mit der bürgerlichen Demokratie von Fall zu Fall und soweit die Möglichkeiten eines politischen Zusammenarbeitens gegeben sind, haben die Sozialdemokraten bisher theoretisch verfochten und praktisch betätigt. Die sogenannte Chemnitzer Richtung hat darin keine Ausnahme gemacht. Soll aber diese Politik der Koalition mit republikanisch-demokratischen Parteien möglich sein, so ist es besser gelidert werden als das bisher der Fall war, so ist es notwendig, daß die Unabhängigen von ihrem bisherigen Standpunkt abgehen. Sonst könnte es passieren, daß eines Tages zwar eine sozialistisch-demokratische Regierung im Reich oder in den Einzelstaaten die Mehrheit finden könnte, daß sie aber einer reaktionären Koalition weichen müßte, weil die Unabhängigen sich auf ein Prinzip verbeihen, das von dem politisch reiferen Teil der deutschen Arbeiterschaft längst nicht mehr verstanden wird. In den Voraussetzungen solcher Koalitionsmöglichkeiten gehört allerdings auch, daß die Demokraten wirkliche Demokraten werden, was man von einem großen Teile ihrer Leute weder im Reich noch in Sachsen und Thüringen behaupten kann. Dies und nichts anderes drückt Fellich in seinem mit sächsisch-thüringischen Lehren belegten Artikel aus.“

Ergiebiger Regen in ganz Sachsen. Seit Freitag abend hat erfreulicherweise in ganz Sachsen Niederschläge von bedeutendem Ausmaße niedergegangen. In den Wetterbeobachtungsstationen wurden vom Freitag abend 7/8 Uhr bis Sonnabend früh 7 Uhr folgende Niederschlagsmengen festgestellt: Dresden 63 mm, Leipzig 25 mm, Bittau 33 mm, Chemnitz 55,5 mm, Blauen 37,4 mm, Freiberg 47,5 mm, Schneeberg 74,4 mm, Bad Elster 44 mm, Annaberg 73,6 mm, Altenberg 31,6 mm, Fichtelberg 57,8 mm. Aus dieser Zusammenstellung ergibt man, daß es sich nicht nur um durch Gewitter herbeigeführte örtlich begrenzte, sondern anscheinend um das ganze mitteldeutsche Gebiet sich ausbreitende Niederschläge handelt.

Warnung vor Getreideaufkäufern. Förmlich überlaufen werden die Landwirte von Aufkäufern, die neben Getreide auch Korn und Weizen aufkaufen wollen und Käuferpreise bieten. Für Getreide bieten sie je Zentner 260 Mark, für Korn 250 Mark und für Weizen 300 Mark und mehr. Die Händler erboten sich sogar, das Getreide selbst ausbreichen zu lassen, um größeren Gewinn zu erzielen. Man vermutet auch hier, daß die Aufkäufer das Getreide ins Ausland verschleppen wollen. Also Vorsicht, Landwirte! Sorgt für die Ernährung in Deutschland!

Die Ortsklasseneinteilung für Sachsen sollte bekanntlich in neuen Verhandlungen, die Mitte August beginnen sollten, zwischen der Reichsregierung und der sächsischen Regierung endgültig geregelt werden. Diese Verhandlungen sind aber wiederum verschoben worden. Sie werden am 6. September beginnen.

Von der Handelskammer Dresden. Auf eine Anregung, am Nachmittag zwischen 2 und 7 Uhr eine Schnellungsverbindung von Dresden nach

Leipzig zu schaffen, berichtete die Kammer dem Vorort Leipzig, daß dem nur dann zugestimmt werden könne, wenn dadurch nicht die jetzt günstigen Verbindungen mit Bremen und Hamburg über Leipzig und die sonstigen Anschläge an die jetzt bestehenden Schnellungsverbindungen zwischen Dresden und Leipzig gefährdet würden.

Die Polizeikunde bei den Turnerfesten. Unter der Ueberschrift „Zweierlei Recht“ veröffentlicht die Zeitung eine Meldung, daß zu dem Arbeiterturnfest für eine Anzahl von Lokalen die Polizeikunde bis 2 Uhr nachts verlängert und außerdem den Arbeiterturnern auch der besetzte Banntisch völlig freigegeben worden sei, während an dem 4. Sächsischen Kreisturnfest am 16. Juli das Ministerium des Innern ein gleiches Entgegenkommen habe vernichten lassen. Wie der Redaktion Sachdienlich an zuständiger Stelle erfährt, entspricht diese Meldung nicht den Tatsachen. Auch zum 4. Sächsischen Kreisturnfest hat das Ministerium des Innern die gleiche Anordnung ergehen lassen, sodas in diesem Fall tatsächlich von einer paritätischen Behandlung der beiden Turnerfesten gesprochen werden kann.

Der Rückgang der Milchproduktion infolge Futtermangels machte sich in den letzten Jahren sehr stark bemerkbar. Wie weit der Jahresmilchertrag, hervorgerufen durch die geringere Fütterung der Tiere, heute noch gegenüber früheren Jahren zurückbleibt, geht daraus hervor, daß vor dem Kriege der Jahresdurchschnitt an Milch pro Tier durchschnittlich 3500 Kilogramm betrug, während im Jahre 1920 das Ergebnis durch die sächsischen Milchkontrollvereine bei 1801 kontrollierten Tieren nur 2212 Kilogramm festgesetzt wurde. Den höchsten Jahresdurchschnitt an Milch pro Tier zeigte das Kontrolljahr 1918 mit 391 Kilogramm. In Sachsen betragen insgesamt 57 Milchkontrollvereine, die 1920 Herden mit 21 700 Kühen auf Jahresmilcherträge, auf die relative Milchleistung und auf den Fettgehalt der Milch kontrollierten. In den ersten Kriegsjahren mußte diese Kontrolle eingestellt werden, seit 1917 ist sie jedoch wieder aufgenommen worden. Die Kontrollergebnisse sind folgende: 1917 wurden einer das ganze Jahr über andauernden Kontrolle 1663 Kühe unterzogen und dabei ein Jahresdurchschnitt an Milch von 2926 Kilogramm pro Tier und ein Jahresdurchschnittsfettgehalt an Fett in Höhe von 3,14 Prozent festgesetzt; 1918 betrug das Ergebnis bei 1497 kontrollierten Tieren 2691 Kilogramm bzw. 3,15 Prozent; 1919 bei 1969 Tieren 2180 Kilogramm bzw. 3,17 Prozent und 1920 bei 1601 Tieren 2212 Kilogramm bzw. 3,21 Prozent.

Die Choleraepidemie. Ist genug im Laufe der letzten Jahrzehnte hat sich bei uns in hiesigen Ländern in Russland die Cholera gezeigt, und es war eine Maßnahme früherer Vorgesicht und Vorbeugung, wenn dann von Seiten der Reichsregierung jedesmal der warnende Ruf „Choleraepidemie“ an die einzelnen Bundesstaaten erging. Diese prüften dann ihre Küstung zum Kampfe gegen die Seuche, das wir den Arbeiten Robert Kochs und seiner Schüler verdanken. Und daß dieses ausgezeichnet wirksam war und ist, zeigt der Umstand, daß es trotz wiederholter Einschleppung der Seuche gelang, sie meist schon im Keime zu ertücken und ihre Weiterverbreitung zu verhindern. So haben wir in Sachsen nur vereinzelte Fälle von Choleraerkrankung in den Jahren 1892 und 1910 unter der Zivilbevölkerung gehabt und während des Krieges nur 2 Fälle bei aus Russland kommenden Soldaten, während z. B. im Jahre 1906 allein 6 786 Personen in Sachsen an Cholera verstarben. Jetzt erdient von neuem der Ruf „Choleraepidemie“. Er ist diesmal etwas ernster zu nehmen, da die Seuche in Russland bei dem dort herrschenden Chaos einen großen Umfang angenommen zu haben scheint; und da unter den unglücklichen Folgen des Krieges auch der Seuchenschutz an unserer Südgrenze nicht mehr ganz die Sicherheit bietet wie früher. Dennoch dürfen wir hoffen, der Seuche, wenn sie in Deutschland eingeschleppt werden sollte, wie in früheren Jahren Herr zu werden. Die Abwehrmaßnahmen gegen die Cholera sind bis ins einzelne festgelegt durch das Reichsgesetz, betr. die Bekämpfung gemeingefährlicher Krankheiten vom 30. Juni 1900 und durch die Anweisung des Bundesrates zur Bekämpfung der Cholera vom 28. Januar 1904, welche letztere entsprechend dem Fortschritt der Wissenschaft wiederholt eine Umarbeitung erfahren hat; die neuesten Decretes stammen aus den Jahren 1916 und 1920. Sie enthält als Anlagen: „Richtlinien an praktische Ärzte wegen Mitwirkung an den Maßnahmen gegen die Verbreitung der Cholera“, eine „Gemeinvernehmliche Belehrung über die Cholera und das während der Cholerazeit zu beobachtende Verhalten“, eine „Anweisung zur Entnahme und Verfertigung choleraverdächtigter Untersuchungsobjekte“, eine „Anleitung für die bakteriologische Feststellung der Cholera“, eine „Desinfektionsanweisung bei Cholera“, „Grundsätze für die gesundheitliche Ueberwachung des Binnen-Schiffverkehrs und Flößereiverkehrs“, eine „Anweisung „Wie schützt sich der Schiffer vor Cholera“, sowie „Grundsätze für Maßnahmen im Eisenbahnverkehr beim Auftreten der Cholera“. Mit diesen Vorschriften, die zu befolgen haben wir uns aufs neue vertraut zu machen, wir haben zu prüfen, ob die im Gesetz geforderten Vorbeugungsmaßnahmen getroffen sind, und wir haben — das gilt vor allem für die Ärzte — daran zu denken, daß die Maßnahmen der An-

Schleppung der Cholera gegeben ist, um gleich die ersten Fälle, die etwa eingeschleppt werden sollten, abzufangen und unschädlich zu machen.

Abfassung der Prügelskrafe im Saubau. Als der Volgaburger Strafanstaltsdirektor Regierungsrat Janner in einem Kuffak in den R. N. R. mitteilt, hat das sächsische Ministerium des Innern die Abfassung der bisher im Männerzuchthaus und den Korrekzionsanstalten für Männer noch zugelassenen Körperlichen Züchtigung verweigert.

Kassen. Vor einigen Wochen war hier der Monteur Willy Meiser festgenommen worden, der von mehreren Staatsanwaltschaften wegen verschiedener Betrugsvergehen gesucht wurde.

Döbeln. Die Stadtverordneten bewilligten in ihrer letzten Sitzung für den Weiterbetrieb des Stadttheaters eine Erhöhung der städtischen Unterstützung von 10 000 auf 30 000 Mark.

Dresden. Ein entsetzliches Unglück, bei dem ein Knabe und ein Mädchen ihr Leben verloren, hat sich Sonnabend abend vor dem Hause Kienstrasse 13 zugegetragen.

Dresden. Am Karussell verunglückt ist am Sonnabend abend gegen 7 Uhr der in der Dresdner Straße in Gittersee wohnhafte Schlosser Böckel mit seinem fünf Jahre alten Sohne Gerhard.

Vöbä. Der Sabotage der Beschlässe des Bezirksausschusses beizutreten in der letzten Bezirksausschusssitzung die Vertreter der Linken die Amtshauptmannschaft.

Neuschönberg (Oberlaus). Durch Blitzschlag eingedöckert wurde das Anwesen des Wirtschaftsbefizers Köhler. Außer dem Vieh konnte nur wenig gerettet werden.

Daugen. Als Rückwirkung auf die in Aussicht stehende geringe Kartoffelernte macht sich an vielen Orten der Lausitz ein recht erhebliches Sinken der Schweinepreise bemerkbar.

in Dagerswerda Verkauft, für die noch in den letzten Tagen 300 Mark verlangt wurden, für 100 Mark verkauft.

Reinhold. Ein graulicher Vorgang wird aus dem nahen Dorfe Reinhold gemeldet. Aus völlig unbekanntem Grund hat die dort wohnhafte 23jährige Ehefrau eines Buchhalters ihr 1 1/2 jähriges Kind und sich selbst erschossen.

Georgenthal bei Klingenthal. Hier haben sämtliche Gemeindevorsteher und die beiden Gemeindevorsteher ihre Vertreter in die Hände der Wählerchaft zurückgegeben, weil sie ein Zusammenarbeiten mit dem unabhängigen Gemeindevorsteher Wäsel ablehnten.

Zwickau. Die beiden vermählten Zwickauer Schulmädchen sind in Leipzig aufgegriffen worden und im Waisenhaus untergebracht. Sie werden heute von den Eltern abgeholt.

Neumarkt (bei Zwickau). Der Zug, der gegen 6 Uhr in Greis eintrifft, war am Sonnabend nachmittag in Gefahr, kurz vor Neubachthal zu entgleisen.

Berzdorf. Die hiesige Stadtgemeinde Berzdorf hat bei der Ausgabe des letzten Notgeldes einen Ueberschuss von 10 878 Mark erzielt.

Oberbau. Der 13jährige Schulknabe Götner verstauchte im Hof der elterlichen Wohnung an der Töpfergasse, wo sich eine Malerleiste befand, eine Leberna nachmachen, welche er vor kurzem hier im Zirkus gesehen hatte.

Reichenbach i. Böh. Eine Windhose hat in den Hochwaldbeständen des Hierabirges ungeheure Verheerungen angerichtet; über 20 000 Fessmeter Holz wurden abgebrochen.

Das kommende Hausgehilfen-Gesetz.

Ueber den Entwurf eines Hausgehilfen-Gesetzes, das einer nochmaligen Umarbeitung unterzogen worden ist und demnächst dem Reichstagsrat vorgelegt wird, werden folgende Einzelheiten mitgeteilt:

Die Vorarbeiten waren recht schwierig, da ein Kompromiß zwischen den Ansichten der Hausangehörigen und der Hausfrauen, die teilweise weit auseinandergehen, gesucht werden mußte. Der Entwurf bezieht sich auf die Angehörigen der Arbeiterklasse, die in der Regel die Interessen der Arbeitgeber gewahrt werden, denen sehr radikale Forderungen der Hausangehörigen gegenüberstehen.

Der Entwurf bezieht sich auf alle Arten von Hausgehilfen in Stadt und Land, in Wohnung, Geschäft und Beruf. Gewerbeordnung und Landarbeiterordnung mußten die Grundlage bilden. Auch die Bestimmungen über Kinderarbeit mußten zweckmäßig ausgearbeitet werden.

Der Väter Wille.

Roman von V. Corong. 32

„Da Du als Abgesandte und Bevollmächtigte Papas kommst, darf ich natürlich nicht widersprechen, sondern habe mich immer der obersten Instanz zu fügen.“

„Ohne diesem spöttischen Ton irgendwelche Beachtung zu schenken, erwiderte Arnelletta: „So gestattet Du wohl auch, daß ich alles anordne und Deinen Vater von unserer Ankunft in Kenntnis setze?“

„Wenn Du mir die Mühe, es selbst zu tun, abnehmen willst.“

Sie nickte und ging zur Tür. Wolf folgte ihr: „Nimm doch die Blumen der Marquise mit.“

„Nein! Wer würde ich meiner Schwester tödliche Giftpflanzen überreichen!“ rief die Komtesse, den Strauß zurückstoßend. „Seit wann kennst Du diese Frau?“

„Ich bewunderte sie schon als jugendliche Kunstwut und wurde ihr damals vorgestellt, unsere Bekanntschaft war nur flüchtig und vorübergehend. Nun traf ich Isabella Marouze wieder als berühmte Künstlerin und vornehme Dame, die in den Salons der höchsten Aristokratie ein gewünschter und gefeierter Gast ist. Du darfst ihr liebenswürdiges Angebot, Margarete zu besuchen, nicht ablehnen.“

„Ich durfte und mußte.“

„Fräulein und Herzoginnen sah ich Arm in Arm mit der Marquise.“

„Das mag wohl sein. Den Familien Stausenbach und Genuweil aber bleibt sie fern.“

„Weshalb?“

„Die Angabe meiner Gründe verbietet mir ein gegebenes Versprechen.“

„Sie würden mich wohl auch schmerzhaft von der Notwendigkeit, höfliches Entgegenkommen schroff abzuweisen, abzuwehren.“

„Nur wenige Worte meinerseits bedürfte es, — doch lassen wir das! — Triff also gütigst Deine Vorbereitungen zur Abreise, wie ich die meinigen treffen werde.“

für ihre Genesung erhofft hatte, trübter als zuvor, wenn ihr auch die leuchtenden Augen und geröteten Wangen den trügerischen Anschein des Wohlbehagens gaben.

Je näher man der Heimat kam, desto mehr schien die Freude aufzuleben. Ihr ganzes Herz zog sie dorthin, wo ihr Kind weilte, wo holde, wehmütige Erinnerungen sie grühten, wo der kurze, süße Traum heraussehender Glücker sie einst wie auf rosigem Wolken zum Himmel emportrug.

Margarete zählte die Minuten, hielt immerfort ihre kleine, zierliche Uhr in der Hand und fand, daß die Zeit wie auf Strüden vorwärts schleiche. Endlich kamen die himmlischen Berge in Sicht!

Margarete rief die Fenster auf und sog die süßige, kühlige Luft mit Wohlbehagen ein.

„Geh zu Marg, Du wirst Dich erkälten,“ mahnte Arnelletta.

„Nein, nein, lasse mich nur! Mir ist es, als bräute mich jeder Atemzug neue Lebenskraft,“ erwiderte die Baronin.

„Wein irgendwo, dann gehe ich hier!“

Die Komtesse widersprach nicht mehr, sondern legte ihr nur sorglich ein Tuch um und sagte: „Hüte Deine Ungebild! Du bist bald dabei und dann für immer.“

Margarete preßte beide Hände auf die Brust, in welcher das Herz laut und stürmisch schlug.

Nur noch wenige Minuten, dann hieß der Zug. Auf dem Perron stand ein alter Mann von hoher imposanter Gestalt, mit schneeweißen Haaren! Es war Freiherr Eberhard von Stausenbach.

neuten gegenüber perkwahrt, denen die Arbeit bezahlt wird, die aber keine bestimmten Ansprüche auf Wohnung und Ernährung besitzen können. Bei den Hausgehilfen wird danach zu streben sein, daß ihnen ein Grundbesitz gesichert wird und Wohnung und Kost hierauf anzurechnen sind oder daß neben Wohnung und Kost, die fast bei allen Arbeitern den größten Teil des Einkommens aufheben, ein Ausgleichsgeld für andere Bedürfnisse gewährt wird.

Ursach sollen im Jahre acht Tage gewährt werden. Auch hier werden am besten freie Abmachungen eingetretet müssen, denn auf dem Lande wird oft kein Urlaub verlangt, in der Stadt oft ein längerer. Der Mindesturlaub von acht Tagen darf vom Löhne nicht abgezogen werden, auch ist Kostgeld für den Urlaub zu gewähren. Die Vorschriften über Kündigung und Schadenersatzpflicht waren sehr umstritten, die Kündigungssachen sind vermehrt worden. Streit und unfittlicher Lebenswandel sind freilich der Kündigungssachen. Die Bestimmungen sind reichlich unklar gefaßt. Starke Widerspruch wird die Hausgehilfenkarte mit Platzbild finden, die genaue Personalien enthalten soll. Sie soll betrügerischen Manipulationen vorbeugen. Die Kündigungsverträge haben diesen „Stempel“ kategorisch abzulehnen und verlangen Arbeitspapiere, wie überall sonst vorgeschrieben.

Furchtbare Reflexplosion.

Aus Dresden wird gemeldet: Als in der Nacht zum Montag mehrere Arbeiter in dem großen Kesselhause der Ueberlandzentrale in Zschornitz (Kreis Dresden), in dem sich sieben Kessel befanden, beschäftigt waren, entzündete plötzlich im Kessel 5 eine heftige Kohlenentwicklung, die alsbald eine ungeheure Explosion folgte. Ein Arbeiter verlor sich ins Freie zu flüchten. Gleich darauf stürzten die Arbeiter des Kohlenunteres zusammen und schüttelten ihren Anzug, ungefähr 3000 Tonnen, ins Kesselhause, alles unter sich begräbend. Die Werkstätte des Kesselhause ist vollkommen eingestürzt. Ein Arbeiter wurde schwer verletzt und ist zwischen seinen Verletzungen erlegen; zwei weitere wurden unter den zusammengefallenen Kesseln begraben und sind bis jetzt noch nicht geborgen. Durch die Wucht der Explosion wurde auch das Dach des angrenzenden Maschinenhauses zum Einsturz gebracht. Die Ursache der Katastrophe ist noch nicht festzustellen.

Das Erfurter Eisenbahnattentat.

Amlich wird aus Erfurt gemeldet: Am 15. ds. Mts. vorm. 1 Uhr 15 Min. ist bei Station Amunnsdorf in km 103,8 Strecke Erfurt-Weimar der Güterzug 6739 mit Lokomotive und den vordersten 15 Güterwagen entgleist. Ursache verbrecherischer Einschlag durch Lösen der Schienenbefestigungsmittel. Menschen sind nicht verletzt, 10 Güterwagen stark beschädigt. Beide Hauptteile sind gesperrt. Die Schnellzüge werden über Erfurt-Sangerhausen umgeleitet. Der sonstige Verkehr wird durch Umleitungen aufrechterhalten. Der einseitige Betrieb wird im Laufe des Montag vormittag wieder aufgenommen. Von der Eisenbahndirektion Erfurt wird eine namhafte Belohnung zur Ermittlung der Täter ausgesetzt.

Die „Telunion“ meldet aus Erfurt: Nach den bisherigen Feststellungen unterliegt es keinem Zweifel, daß das Eisenbahnattentat bei Erfurt den beiden Nacht-D-Zügen Frankfurt-Berlin und Köln-Weimar gesollt hat, die kurz nach dem entgleisten Güterzug die Strecke zu passieren hatten. Es wird angenommen, daß die D-Züge brandschwarz werden sollten.

Ein Attentat auf den Grafen Wabersborn-Sock. Wie die „Dortmunder Zeitung“ berichtet, ist in der Nacht zum Freitag auf den Grafen Wabersborn-Sock in der Nähe von Welsch ein Attentat verübt worden. Die Attentäter hatten die Leichen von den Schienen entfernt, die Schienen gelockert und über das Geleis gelegt. Beim Verannagen des Junges müssen die Attentäter etwas überstürzt den Damm verlassen haben, denn sie ließen eine Laterne zurück. Dieses

Bitte probieren Sie!



Für Ihre Zähne! Es gibt nicht Besseres und so billig dabei!

Solidento
die
Kombella-Zahnpasta

Rösthlicher Geschmack! Die Zähne werden blühpant! Mundgeruch verschwindet! Tube 2.— u. 3.60 M. in Apotheken, Drogerien, Parfümerien, bestimmt bei: Friedrich Wiltner, Anker-Drogerie, V. W. Dennike, Inh. F. W. Kretzke. Im Großhandel: Alfred Goldig, Bismarckstr. 10.



Schützen „Guter Montag“ in Riesa

Für Belustigung aller Art ist bestens gesorgt.

Um recht rege Beteiligung bitten H. Justizverbot u. Marktverboten.

Café Wolf. Heute Dienstag Künstlerkonzert.

Anfang 8 Uhr abends.

Bei ungünstigem Wetter im Lokal.

Café Promenade. Morgen Mittwoch Konzert

Morgen Mittwoch abends 8 Uhr

ausgeführt von Mitgliedern der Himmelschen Kapelle.

Vorzügl. Eis Eis-Schokolade Pilsch-Bowle

Nunchriz: Zentral-Lichtspiele.

Donnerstag, 18., und Freitag, 19. August 1921: **DARWIN.**

Im Fieber unter Afrikas Tropensonne, von Hans Brenner und Friedel Köhne. John Dagenbedlin. Oly sieht die Felsen an, Lustspiel in 3 Akten. Wegen des langen Programms Anfang 8 Uhr. Die Direktion.

Die Schule beginnt

Kauft Schuhe für das Kind!

Zum Schulbeginn empfehle ganz besonders:

- Kinderstiefel** (Kahl-, Kind- und 27-30 W. 95.00) (Kahl-, Kind- und 27-30 W. 105.00)
- Schnürhalb- u. Spangenschuhe** (Kahl-, Kind- und 27-30 W. 98.00)
- Zurnschuhe** (Kahl-, Kind- und 27-30 W. 95.00)
- Lederpantolen** (Kahl-, Kind- und 27-30 W. 16.00 an)

Riesa Schuhhaus „Fortuna“ Gröba Hauptstr. 20a Inh. Kurt Rohberg. Georgplatz 9.

Favorit-Moden-Album

für Herbst und Winter 1921 ist schon erschienen bei **W. Fleischhauer Nachf.** Inh. Rich. Beate.

Damenhüte

In Filz, Velour, Sammet usw. werden nach den neuesten Formen in kürzester Zeit tadellos umgearbeitet. Lager in neuen Hüten. Strohh- und Filz-Hutfabrik **Wlugt & Kaiser** 21 Wettinerstraße 21. - Kein Laden.

Wilhelm Fiedler Bertha Fiedler geb. Egerland danken hierdurch herzlich, zugleich im Namen meiner Mutter, für die ihnen zur Vermählung erwiesenen Ehrungen und dargebrachten Glückwünsche und Geschenke. Riesa, am 16. August 1921.

Statt Karten. Für die uns an unserem Hochzeitstage entgegenbrachten Ehrungen, Glückwünsche und Geschenke sagen wir allen lieben Freunden und Verwandten zugleich im Namen unserer lieben Eltern hierdurch unsern **herzlichen Dank.** Gröba/Dresden. Arthur Vorn und Frau Luise geb. Walter.

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme und den schönen Blumenschmuck beim Begräbnis unsres lieben Vaters, Schwieger- und Großvaters, Herrn **Franz Theodor Wustlich** danken wir allen lieben Verwandten und Bekannten von ganzem Herzen. Neu-Weida, 16. August 1921. Die trauernden Hinterbliebenen.

Nach Gottes unerforschlichem Ratsschluss verschied ganz unerwartet meine liebe treuherzige Gattin, unsere heißgeliebte herzensgute Mutter, Schwieger- und Großmutter, Schwester, Schwägerin und Tante **Frau Marie Guke** geb. Herzog, im Alter von 58 Jahren. In unsagbarer Schmerz und tiefster Trauer **Karl Guke und Kinder.** Reithain, 15. August 1921. Die Beerdigung unserer teuren Entschlafenen findet Donnerstag nachm. 3 Uhr statt.

Vereinsnachrichten

„Sängertrupp“. Mittwoch, 17. August, Beginn der regelmäßigen Übungsstunden. Mühseliges und zahlreiches Erscheinen dringend nötig. **Vereinigung Strikl. gestauter Eltern.** Mittwoch, den 17. d. M., abends 8 Uhr Ausübung im Konfirmationsaal. **Gastwirtverein Riesa u. Umg.** Abmarsch nach Gohlis 3 1/2 Uhr nachm. Hotel Deutsches Haus. **Jungmänner-Verein „Zimmergrün“.** Mittwoch, 17. August, 8 Uhr Versammlung, anst. Quartettprobe, Gamlbrunn. **Spield. Riesa-Gröba e. V.** Mittwoch, 17., 7 1/8 abends Zusammenkunft 3. Elf „Gamlbrunn“.

Gabelsberger Stenogr.-Verein Riesa.

Am 19. August beginnt ein Einführungskursus in die **Zählungslehre** oder **Rechenlehre** mit anschließenden schriftlichen Übungen. Die Unterrichtsstunden finden jeden Freitag Abend von 8-10 Uhr in der Handelschule statt.

Der unterzeichnete Verein ladet hiermit seine Mitglieder zu einer **Mitgliederversammlung auf Donnerstag, den 18. 8. 21, abends 8 Uhr nach Höpfners Hotel ein.** Tagesordnung: Tarifverhandlungsfragen. Vollständiges Erscheinen dringend erwünscht. Der Verein für Handel und Gewerbe für den Amtsgerichtsbezirk Riesa.

Daum's Tanzunterricht.

Wertgeschätzten Familien von Riesa und Umgegend zur gefl. Notiz, daß ich, um verschiedenen Wünschen zu begegnen, gegen Ende August einen **Separat-Kursus für Tanz- u. Anstandslehre** im Hotel Höpfner eröffnen werde. Weitere gefl. Anmeldungen werden am Donnerstag, den 25. August, zur Berechnung im gen. Lokal „Vereinszimmer“ abends 7 Uhr Damen, deren 8 Uhr persönlich entgegengenommen. Bitte liegt zur Zeit aus. Gelehrt werden stets die neuesten und vornehmsten Tänze. Hochachtungsvoll **Elsa Daum,** Lehrerin der Tanzkunst, Mitgl. d. Gen. D. Tanzlehrer.

Achtung! Daum's Tanzstunde.

Donnerstag, den 25. August, abends 9 Uhr **Repetitionsabend** für meine ehemaligen Schüler und Schülerinnen mit Erlernung der neuesten Tänze **Scotch-Espagnol und Chimmy.** Auf gute Beteiligung rechnend, zeichnet hochachtungsvoll **Elsa Daum.**

Erstklassige Tiefbau-Stückkohle

sowie **Sieb- u. Förderkohle** kann in jeder Menge abgeholt werden von **Braunkohlengrube „Vogelsfreude“** bei Rothstein (Kreis Liebenwerda) Post Wahrenbrück.

Steinbachs Waschextract 3 Spaten Spatenkernseife

sind wieder in **altbekannter Güte** in allen einschlägigen Geschäften zu haben. Man achte auf die **Schutzmarke!** F. E. Steinbach, Leipzig.

Dienstag früh 1/3 Uhr verschied nach kurzer Krankheit meine liebe unvergessliche Mutter, unsere liebe gute Tochter, Schwester u. Schwägerin **Martha verw. Frank** geb. Becker, im Alter von 81 Jahren. Dies zeigt im Namen aller Hinterbliebenen tiefbetrübt an **Familie Karl Becker nebst Angehörigen.** Riesa, Schillerstr. 3, 1. Beerdigung erfolgt Freitag 2 Uhr von der Friedhofshalle aus.

Ein Pa. Kernseife 2.45 u. 8 W. Posten 8. Jahre Wettinerstraße 20.

Saat-Weizen!

Strube's Pilsener, 1. Abfaat von Originalsaat Strube's General v. Stollen, 1. Abfaat von Originalsaat. Beide vom Landwirtschaftsamt anerkannt, doppelt gereinigt. Preis: 30 M. je Hekt. über Berliner Notiz am Tage der Abnahme. Bestellungen an die Bezugs- und Abnahmegesellschaft Strubia, die mit Verkauf beauftragt. Bestellungen umgehend, da sonst ausverkauft. Rittergutverwaltung Borna bei Oschatz.

Saatgerste

anerkannte 1. Abfaat von Original Mammuth, ist ein getroffen. Wir bitten um Abholung. Bezugs- und Abnahmegesellschaft Strubia.

In einer Stunde vertilgen Läuse

Sie unter Kopf, Hals- und Kleider- (Brut Nisse), Wangen, Flügel bei Menschen und Tieren. „Kampolida“ hat gleich Mittel. Bunden unschädlich. Nicht-erfolgt Geld zurück. Nur echt in Post. Ausland f. 3 Verf. von der Ungelesener-Verlagungsanstalt Leipzig. Obiges Mittel empf. Friseur Alfred Wöhlig.

Nachlass-Verkauf

gegen Gebot findet statt **Mittwoch, 17. August 21, von früh 9 bis 3 Uhr nachm. Alsherrstraße 15, 1.** Plätz-Garnitur, 2 Sofas, Tisch und Stühle Schrank, Vertikof, Betten, komplette Küche und verschiedenes.

Gegen Wanzen, Fisch- und Läuse

Nimmt Riefolda nur der Weise: Augenblicklich wird gesund. Tier u. Mensch u. Kopf u. Hund: **In 1/2 Stunde vertilgen Läuse** Sie unter Kopf, Hals- und Kleider- (Brut Nisse), Wangen, Flügel bei Mensch u. Tier. v. a. M. Wund. unsch. Verf. nur: Friseur W. Raabe, nur Hauptstraße 30. Originalfl. 5.- und 7.50 Mark (Postverhandl.).

Deutsche Nähmaschinen

Wir empfehlen in nur guter Qualität: wie **Platz, Anker, Veritas.** Vertreter: **Franz & Emil Müller** Nähmaschinenhandlung Merzdorf, Fernspr. Riesa 606 Riesa, A.-B.-Pl. Nr. 607

Handwagen

sowie **Erstklassige Stahlrohr-Bettstellen** (solide Bauart - in allen Größen - zu äußerst. Preisen. **W. Spengler** Wilhelmstr. 6 geg.üb. Kaiserhof

Herren- und Damenhüte

zum Umpressen und Färben werden stets angenommen und schnellstens besorgt. **Sulda Büttner** Gaußstr. 25, v. Endpunkt der Straßenbahn.

Schäl- und Einlegegurken

hat abgegeben **Gärtner Götterich.**

Lobeck-Kakao

1/4 Pfd. M. 3.90 frisch eingetroffen. **Gebrüder Despaug, Riesa.**

Feinstes Nizza-Provenzer-Oel

loft und in Originalflaschen empfiehlt die **Med. Drogerie A. B. Hennicke.**

V.A.O.D. F.R.

17.8.21 8 Uhr I. u. II. Verf. **Mittwoch, 17. 8., abends 7 1/2 Uhr** Übung, nachdem **Verammlung. D. C.**

Parkettfußböden

in verschiedenen Stärken und Holzarten abzugeben. **Döbelner Parkettfabrik Jul. Grössler, Döbeln,** Am Bahnhof. Telefon 275.

Feinstes Weizenmehl

per Str. 350 M., empfiehlt **Th. Dookter.**

Für die vielen Beweise des

Teilnahme beim Hinscheiden unsres lieben Tochterdens **Ute** danken herzlich **Familie Emil Köpfer.**

Die heutige Nr. umfasst

6 Seiten.

Die Bedeutung der Pariser Beschlüsse für den Völkerverbundgedanken.

Von Reichsminister a. D. Dr. Bernhard Dernburg. Die Oberösterreichische Frage ist weder eine deutsch-polnische Angelegenheit, noch eine Frage der Auslegung des Friedensvertrages, sondern das Symbol einer weltwirtschaftlichen Auseinandersetzung von der höchsten politischen Tragweite.

Die neue Streifbewegung.

Der Eisenbahnerstreik in Kassel.

Aus Kassel wird gemeldet: An dem auf dem Bahnhofs-Oberstadt ausgebrochenen wilden Streik sind die Arbeiter der hiesigen Eisenbahnwerkstätten, die Kohlenarbeiter, Hilfsarbeiter, Rangierarbeiter und Wagenpuffer beteiligt.

Zu den Verhandlungen zwischen Gewerkschaften und Beamtenbund.

Zum Bericht über die Verhandlungen zwischen den Arbeitergewerkschaften und dem deutschen Beamtenbunde, die anlässlich wegen der Höhe der von den Beamtenvertretern vorgeschlagenen Gehaltsforderungen gescheitert sind, teilt der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes mit: Damit aus diesen Mitteilungen kein falscher Schluss gezogen werden, müssen wir erklären, dass die Vertretung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes an den erwähnten Verhandlungen nicht beteiligt war.

Eine Erklärung der sächsischen Eisenbahner.

Die Gewerkschaft deutscher Eisenbahner, Landesverband Sachsen, hielt am 13. und 14. August in Dresden in Anwesenheit der Bezirksvorsitzenden eine erweiterte Vorstandssitzung ab, welche zahlreiche Fragen behandelte.

Der Eisenbahndirektionspräsident hat die Beamten zur Mithilfe aufgefordert, welcher Aufforderung sofort entsprochen wurde. So konnte der Eisenbahnbetrieb im wesentlichen aufrechterhalten werden.

Die Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und Anwärter hat es, obwohl sie die Forderungen der Arbeiter an sich als berechtigt anerkennt, entschieden abgelehnt, den wilden Streik, vor dessen Ausbruch die Verhandlungsmöglichkeiten nicht erschöpft waren, irgendwie zu unterstützen.

Ausdehnung des Kasseler Streiks.

Der Streik der Eisenbahnarbeiter hat sich in Kassel auf die Arbeiter der Hauptwerkstätten und auf einige Vahnenwerkstätten und Güterabfertigungen ausgedehnt. Außerdem sind inzwischen Arbeiter in Marburg, Kassel, Bad Wildungen und Paderborn in den Streik getreten.

Die Eisenbahndirektion Kassel amtlich bekannt, hat der Eisenbahnerstreik Montag auf die Bahnhöfe Hannover-Minden, Göttingen, Nordheim, Kreiensen, Seesen, Sarburg und Scharfelle übergriffen.

Der Streik der Staatsarbeiter in Bremen nimmt seinen Fortgang. Die Technische Rosthilfe ist in allen lebenswichtigen Betrieben eingestellt. Die Großindustrie ist zum Teil lahmgelegt, da die Abgabe von elektrischem Strom nur an lebenswichtigen Betrieben erfolgt.

Der Streik in der Textilindustrie in Harburg dauert fort. Die Streikenden haben nach Ablehnung des Antrages der Arbeitgeber auch den Spruch des Zentrallichtungsausschusses in Berlin nicht angenommen.

Daraus ergab sich, dass, wenn der Völkerverbundgedanke überhaupt ernsthaft genommen werden will, die Angelegenheit früher oder später den Völkerverbund beschäftigen musste. Wenn, so sagt der Artikel 15 des Covenant, „zwischen Bundesmitgliedern eine Streitfrage entsteht, die zu einem Bruch führen könnte, und diese nicht der Schiedsgerichtsbarkeit unterbreitet wird, so ist sie vor den Rat des Völkerverbundes zu bringen.“

Das der Völkerverbund kein vollkommenes Instrument ist, wissen wir alle, und besonders die Institution des Völkerverbundesrats, die, wie Lansing sagt, weiter nichts ist als ein Instrument, um dauernd die Mittelmächte niederzuhalten.

Soweit es aber sicher, dass seit der Völkerverbund auf eine große Probe gestellt wird, ja dass er, so unvollkommen er ist, bereits einen gewaltigen Bruch mit unabsehbaren Folgen mindestens hingenommen hat und dadurch das Ziel erreicht hat, dass die Bräutigams-Verträge alsdiesfalls im Auge hatten, nämlich der Weltzeit zur Überlegung zu geben.

es in eine solche Lage kam, da es keine europäische Politik auf einem militärischen und politischen Bündnis mit einem imperialistischen und, wie fast immer, unfähigen Polen aufbaute. Der Zusammenbruch einer solchen Allianz würde ein harter Schlag für die französische Politik sein.

Eine Erklärung Lloyd Georges.

Auf eine Anfrage erklärte Lloyd George im englischen Unterhause, der Völkerverbundrat sei gebeten worden, sein Gutachten über die Grenzlinie zwischen Deutschland und Polen in Oberschlesien abzugeben, welche die alliierten und assoziierten Hauptmächte festlegen sollen.

Aus Oberschlesien.

Nach den in Berlin vorliegenden Nachrichten ist zur Stunde in Oberschlesien alles ruhig, trotz des großen Gefühls der Enttäuschung, das die Hinanderschlebung der Entscheidung über Oberschlesien in der gesamten Bevölkerung hervorgerufen hat.

Die Haltung Italiens.

Der italienische Ministerpräsident Bonomi erklärte einem Mitarbeiter des „Petit Parisien“: Es sei ein großer Irrtum, die Verweisung der oberösterreichischen Frage an den Völkerverbundrat als Niederlage Frankreichs anzusehen.

Die Gefahr der Isolierung Frankreichs.

Der Pariser Berichterstatter der Londoner „Westminster Gazette“ schreibt zur oberösterreichischen Frage, man sehe in Paris die französisch-polnische Sache als verloren an. Es wäre für Briand vielleicht doch günstiger gewesen, wenn er eines der von Lloyd George vorgeschlagenen Kompromisse angenommen hätte.

Wie die Berliner Blätter melden, verühten mehrere polnische Banden von jenseits der polnischen Grenze in der Nähe von Wodzislaw nach Oberschlesien einzudringen. Besatzungstruppen und Apo-Beamtet stellten sich ihnen entgegen.

3. August! ... Originalsaat ... Kauf ...

Nach kurzem Generalfest waren sich die Banden wieder über die Grenze zurück. Als sie jenseits der Grenze waren, eröffneten sie eine lebhafte Schießerei auf die oberösterreichischen Ortsgassen längs der oberösterreichischen Grenze.

Im Kreise Rosenbergs wurde, wie die „Voss. Stg.“ meldet, gegen das Auto des wegen seiner Unparteilichkeit bei der deutsch-polnischen Bevölkerung beliebten englischen Postoffiziers Major Greshy eine Granatgranate geworfen, die zwar explodierte, aber keinen Schaden anrichtete.

Im „Polenanzeiger“ schildert ein Augenzeuge die grausame Mißhandlung eines italienischen Sergeanten auf dem Bahnhof Charlottengrube bei Budweis durch polnische Insurgenten. Etwa 30 Insurgenten rissen den Sergeanten aus dem Zugabteil heraus und schlugen unter Verwünschungen Italiens so lange auf ihn ein, bis er zusammenbrach. Die französische Bahnhofswehr sah dem Vorfalle untätig zu. Der Italiener, der sich wieder in den Zug geschleppt hatte, wurde dort von den Insurgenten weiter mißhandelt. Er ist an den erlittenen Verletzungen gestorben.

Aufruf an die oberösterreichische Bevölkerung.

Reichspräsident und Reichskanzler erlassen einen Aufruf, in dem sie die Hoffnung ausdrücken, daß das Selbstbestimmungsrecht der Völker in der oberösterreichischen Frage sich durchsetzen werde und in dem sie die oberösterreichische Bevölkerung aufzufordern, auch weiterhin die Selbstwehr zu betreiben, die sie bisher ausgeübt hat.

Zur Vertagung der Entscheidung.

Einer der Mitarbeiter der Pressestelle des oberösterreichischen Ausschusses hatte gestern Gelegenheit, mit dem Reichsstaatssekretär Ullrich über die Verweisung der oberösterreichischen Frage an den Völkerbundrat zu sprechen. Ullrich äußerte sich wie folgt: Der Beschluß des Obersten Rates in Paris, der einen weiteren Aufschub der Entscheidung bedeutet, hat die deutsche Bevölkerung enttäuscht, denn jeder Tag des Aufschubs bedeutet einen schweren wirtschaftlichen und moralischen Verlust für das oberösterreichische Volk. Die qualvolle und lächerliche Ungewißheit dauert fort. Die Möglichkeit zu neuen Unruhen und Schrecken ist damit gegeben. Der Beschluß, die Entscheidung von einem Gutachten des Völkerbundrates abhängig zu machen, ist, an sich genommen, uns nicht unangenehm, denn wir hoffen, daß mit der Erweiterung des Gremiums, das die oberösterreichische Frage zu beurteilen und zu entscheiden hat, auch die Objektivität des Urteils wächst. Ich habe das Gefühl — sagte Ullrich — daß die Entscheidung im wesentlichen bereits gefällt ist und daß durch die Verweisung an den Völkerbundrat nur Zeit gewonnen werden soll, um die Aufnahme der Entscheidung durch die oberösterreichische Bevölkerung vorbereiten zu können. Es ist auch zu erwarten, daß die Bevölkerung auch in den Gebieten, die sich für den Anschluß an Polen entschieden haben, immer mehr erudiert wird. Wenn die Entente dem oberösterreichischen Volke noch einmal Gelegenheit geben würde, zu der oberösterreichischen Frage Stellung zu nehmen, so würden nicht 60, sondern weit über 80 Prozent sich für den Verbleib beim Deutschen Reich entscheiden.

Die Besprechungen in Berlin.

Dr. Stresemann, der Vorsitzende des Reichstagsausschusses für auswärtige Angelegenheiten, hatte Montag vormittag mit dem Reichskanzler eine eingehende Besprechung über die Gesamtfrage, sowie über die zur Erledigung stehenden Einzelfragen; besonders war Oberösterreich Gegenstand der Besprechung. Ein Zeitpunkt für die Einberufung des Auswärtigen Ausschusses wurde in der Besprechung noch nicht festgelegt.

Wie die „Vossische Zeitung“ mitteilt, werden der Reichskanzler und der Reichsminister des Auswärtigen im Reichstagsausschuß für auswärtige Angelegenheiten einen ausführlichen Bericht über die gesamte außenpolitische Lage, besonders über den Stand der oberösterreichischen Frage erhalten. Der Sitzung des Ausschusses werden Besprechungen des Reichskanzlers mit den Parteiführern vorausgehen, zu denen die Einladungen bereits ergangen sind. An eine vorzeitige Einberufung des Reichstages wird infolge des Beschlusses des Obersten Rates, die oberösterreichische Frage dem Völkerbund zu unterbreiten, nicht gedacht.

Wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ mitteilt, ist die augenblickliche Abwesenheit des deutschen Vorkanzlers Dr. Meyer von Paris darauf zurückzuführen, daß er vor einiger Zeit eine schwere Augenentzündung durchgemacht hatte und daher genötigt war, einen Erholungsurlaub anzutreten.

Herabsetzung der Kohlenlieferungen.

Wie der „Tempo“ mitteilt, hat die Reparationskommission die Kohlenlieferungen, wie sie im Abkommen von Spa vorgesehen waren, vorübergehend herabgesetzt. Diese Herabsetzung ist von der Kommission für notwendig erachtet worden, um einem augenblicklichen Produktionsdefizit Deutschlands Rechnung zu tragen. Das theoretische Programm von 2,2 Millionen Tonnen monatlich an die Allierten zu leistender Lieferungen bleibt aufrechterhalten. Man sei sich aber darüber einig geworden, daß man von Deutschland mit besonderer Dringlichkeit die Lieferung von 1,6 Millionen Tonnen Kohle verlangen müsse, wovon Frankreich und Luxemburg 1,1 Millionen Tonnen zuständen. Das sei die Grundlage, auf der die Lieferungen gegenwärtig vor sich gingen.

Das Wirtschaftsabkommen zwischen Danzig und Polen.

Im Hauptauschuß des Danziger Volkstags erstattete am Montag Senator Jewelowski Bericht über das Danzig-Polnische Wirtschaftsabkommen. Jewelowski hat diese Verhandlungen von Anfang an mit Polen geführt. Mittags wurden Vertreter der Presse Danzigs von dem polnischen Generalkommissar Minister von Wlucinski und nachm. vom Senator Jewelowski empfangen. Es wurden Einzelheiten aus den verschiedensten Gebieten der bis zur Unterzeichnung fertigen Vereinbarungen bekanntgegeben und in der Hauptsache betont, daß sich das Wirtschaftsleben Danzigs den neuen Bedingungen anpassen versuchen müsse. Mit dem 1. April 1922 wird es keine Wirtschaftsbarrieren mehr zwischen Danzig und Polen geben. Sowohl Minister von Wlucinski als auch Senator Jewelowski hob hervor, daß die Vereinbarungen zwischen den beiden Regierungen eine große Umwälzung speziell für Danzig bedeuten würden, daß aber zu hoffen sei, daß diese Umwälzung befruchtend auf Handel und Industrie Danzigs wirken werde.

Die englisch-irischen Verhandlungen.

Im Verhältnis zwischen England und Irland ist, wie die Blätter melden, nach der Ablehnung der Vorschläge der britischen Regierung durch die Valera eine sehr ernste Lage entstanden. Dem „Daily Chronicle“ zufolge komme in politischen Kreisen die tiefste Enttäuschung über diese Wendung zum Ausdruck. Aller Augen seien auf die heute stattfindende Sitzung des Sinnfeiner Parlaments gerichtet, die für die unmittelbare Zukunft Irlands entscheidend sein werde. Die Türen für eine friedliche Regelung ständen

noch offen. „Daily Herald“ nimmt an, daß das Sinnfeiner Parlament beschließen werde, das Angebot der britischen Regierung dem irischen Volke zur Abstimmung zu unterbreiten.

Die Diskussion des internationalen Gewerkschaftsbundes für Rußland.

Die am 13. und 14. August in Berlin verfallene Internationale Konferenz des internationalen Gewerkschaftsbundes hat folgende Entschlüsse angenommen: Die Konferenz des internationalen Gewerkschaftsbundes, die am 13. und 14. August in Berlin über die Dünarabfrage in Rußland beraten hat, erklärt ihr tiefstes Mitgefühl mit dem russischen und georgianischen Volk, insbesondere mit der notleidenden Arbeiterklasse in beiden Ländern. Die Konferenz nimmt Kenntnis von den spontanen Solidaritätskundgebungen und Aktionen, die die Arbeiterklasse der angeschlossenen Organisationen bereits in die Wege geleitet hat. Sie beschließt, die schon im Gange befindlichen Sammlungen im Interesse ihrer sofortigen und wirksamen Verwendung zusammenzufassen, zu erweitern und zu zentralisieren und bestimmt zu diesem Zweck das folgende: 1. Das Büro des internationalen Gewerkschaftsbundes wird beauftragt, sofort einen Aufruf an das internationale Proletariat zu erlassen. 2. Die gewerkschaftlichen Landeszentralen aller Länder haben die Sammlungsbeiträge der ihnen angeschlossenen Verbände und der sonstigen Organisationen, die sich an dem Dünarwerk beteiligen, zu zentralisieren. 3. Die von den Landeszentralen zentralisierten Beträge werden in Gemäßheit der Anweisungen des Büros des internationalen Gewerkschaftsbundes dem Sekretariat des internationalen Gewerkschaftsbundes zur Verfügung gestellt. 4. Die vom internationalen Gewerkschaftsbund zentralisierten Fonds sollen soweit wie möglich zur sanitären Hilfeleistung und zur Beschaffung von Lebensmitteln verwendet werden. Eine erste Expedition wird sofort organisiert und unter Kontrolle des internationalen Gewerkschaftsbundes nach Rußland entsandt. Eine Summe von 1 Million Mark wird sofort aus den Mitteln des internationalen Gewerkschaftsbundes bereitgestellt. Die Landeszentralen werden ferner ermahnt, Vorläufe zu diesem Zweck zu gewähren. Mit dem Roten Kreuz wird unter Wahrung der Unabhängigkeit der gewerkschaftlichen Aktion auf technischem und organisatorischem Gebiet Verbindung hergestellt, um die Transportfrage zu lösen. Die Landeszentralen sind außerdem verpflichtet, auf ihre Regierungen den stärksten Druck auszuüben, um diese zu unverzüglicher Hilfeleistung für das russische Volk zu bewegen. Zur Vertiefung dieser Beschlüsse erklärt die Internationale Gewerkschaftskonferenz, daß die unternommene Aktion durch ihre rein menschlichen Ziele und angelegten der weltumfassenden Solidarität über allen politischen Meinungsverschiedenheiten steht. Sie ist ein proletarisches Werk, an dem die Arbeiter jeder Richtung teilnehmen müssen — trotz der Schwierigkeiten und der schweren Lasten, welche auf die Arbeiterklasse aller Länder drücken. In der Konferenz nahmen außer dem Büro des internationalen Gewerkschaftsbundes Vertreter Frankreichs, Belgiens, Hollands, der Tschechoslowakei, Jugoslawiens, der Schweiz, Schwedens, Dänemarks, Luxemburgs, Letlands und Deutschlands teil.

Die Denkschrift des Reichswirtschaftsministeriums über die Erfassung der Goldwerte.

Im „Sannoverschen Kurrier“ behandelt der Landtagsabgeordnete Dr. Winterfeld die vom Reichswirtschaftsministerium ausgearbeitete Denkschrift über die Erfassung der Goldwerte, wobei er betont, daß es den Anschein habe, als ob aus der Denkschrift der Kanzler eine Anregung zu verwerfen erdachte: die Befragung der deutschen Industrie mit einer Beteiligung von 20 Prozent an ihrem Ertrage und einem Substanzwert von 108 Milliarden. In der Denkschrift wird behauptet, daß sich im Frühjahr 1921 gegenüber 1913 die landwirtschaftlichen Reinerträge auf das drei- bis fünffache erhöht hätten, die jetzige Gestaltung der Getreidemirtschaft bringe eine weitere Mehrerhebung von vier bis fünf Milliarden Papier-Mark, sodas mit einem Reinertrage von 14 bis 15 Milliarden, d. h. mit dem 5/6 bis 6/6fachen des Friedensertrages zu rechnen sei. Vom städtischen Hausbesitz wird gesagt, daß eine Steigerung der Miete bis auf 300 Prozent eine Wertsteigerung in sich schließe. Betreffs der gewerblichen und kaufmännischen Unternehmungen wird eine Wertsteigerung auf das Sechsfache angenommen. Zur Wiederherstellungslast schlägt die Denkschrift vor, von dem sechsfachen Friedensertrag „nur“ den 5. Teil heranzuziehen. Die Heranziehung soll durch Befragung des landwirtschaftlichen Grund- und Gebäudebesitzes in Form einer Grundschuld erfolgen. Die Veranlagung der Grundschuld wird mit 4 Prozent angelegt. Von den letzten 100 Prozent der angenommenen 300 Prozent Mieteerhöhung soll das Reich 75 Prozent in Anspruch nehmen und diese 75 Prozent der Miete anfallen als 4/4-prozentige Rinsen einer eintragungsfähigen Grundschuld. Bei den gewerblichen und kaufmännischen Unternehmungen will man 20 Prozent Beteiligung für das Reich in Anspruch nehmen mit einer Vorzugsabgabe von 6 Prozent. Um die Erträge zu kontrollieren, soll die Miete zur Körperschaftsform eingeführt werden. Es wird eine Grundschuld der Landwirtschaft von 110 Milliarden, eine städtische Grundschuld von 67 Milliarden und der Wert der Anteile der gewerblichen und kaufmännischen Unternehmungen auf 108 Milliarden angenommen, der Gesamtwert der Substanzwerte im Anfang auf 285 Milliarden. Es wird damit gerechnet, daß die landwirtschaftliche Grundschuld nach Aufhebung des Restes der Zwangswirtschaft um 80 Milliarden, die städtische Grundschuld nach einer weiteren Steigerung der Mieten um 67 Milliarden steigt und ein Gesamt-Substanzwert von 382 Milliarden erreicht wird. An Erträgen rechnet man aus der Landwirtschaft 4,4 Milliarden, aus dem städtischen Grundbesitz drei Milliarden, aus den gewerblichen und kaufmännischen Unternehmungen 4,4 Milliarden. Im Ganzen 12,8 Milliarden und als Zuschuß nach Aufhebung des Restes der Zwangswirtschaft aus der Landwirtschaft 1,2 Milliarden und dem städtischen Grundbesitz drei Milliarden, insgesamt also 17 Milliarden. Schließlich wird geplant, die eingetragenen Grundschulden zu verkaufen und dabei auch den mit der Grundschuld Belasteten Käufersrechte einzuräumen.

Der Danza-Bund gegen Rathenaus Leistungs-Zwangverbände.

Der Danza-Bund hatte beim Amtsantritt des Wiederaufbauamministers Dr. Rathenau erklärt, daß er die Ernennung Dr. Rathenaus nur mit den größten Bedenken betrachten könne und jeden Versuch zur Durchführung einer planmäßigen Zwangswirtschaft auf das Entschiedenste bekämpfen wolle. Die damalige Entschlieung des Präsidiums hat dem Danza-Bund neben begehrter Zustimmung auch herben Tadel in der Presse eingetragen, die in unserer Rundgebung ein „Blantomistruendevotum“ für Rathenau erlassen wollte. Wie berechtigt das Mißtrauen und die Warnungen des Danza-Bundes vor Rathenau waren, zeigt die Verordnung über die Bildung von Leistungsverbänden für den Wiederaufbau, die soeben veröffentlicht wurde und die trotz der Änderungen, die der neue Aufsicht des Reichsanzeigers ohne

gütliche Beteiligung der zukünftigen Wirtschaftsverbände angenommen hat, die erzielten Befahren für eine gedeihliche Entwicklung der Notwendigkeiten für den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft in sich birgt. Ganz abgesehen davon, daß unter den heutigen Umständen bei den unaussprechlichen Preissteigerungen im freien Verkehr eine beschleunigte Organisation solcher Verbände, wie sie die Verordnung vorschreibt — und im Hinblick auf das läghliche Ergebnis bisheriger Versuche auf behördlichem Wege — überflüssig und schädlich ist, hat sich der Wiederaufbauamminister bei der Bildung von Leistungsverbänden für Wiederaufbauleistungen so weitgehende Befugnisse vorbehalten, daß damit der Weg eines neuen staatlichen Zwangswirtschaft wieder beschritten zu werden droht. Der Wiederaufbauamminister ist nach der Verordnung befugt, neben den Leistungsverbänden der Länder, die eine rein demokratische Organisation darstellen, selbständige Leistungsverbände zu bilden. Die bereits bestehenden Provinzverbände sollen dazu nur gutachtlich gehört werden. Auch dem neuentstandenen Reichstages ist lediglich ein Einspruchsrecht ohne ausführende Wirkung vorbehalten. Damit ist die Bildung freiwilliger Leistungsverbände ausgeschlossen. Durch die vorgeschriebene Genehmigung der Satzungen der Leistungsverbände erhält der Wiederaufbauamminister auch Kontrollrechte für die Arbeit des Leistungsverbands, sowie Befugnisse für die Verteilung der ausfindigenden Leistungen. Ferner hat die sogenannte „Anforderungsbehörde“, über deren Zusammensetzung Angaben nicht gemacht werden, gegenüber den Leistungsverbänden und dem Inhaber der Betriebe das Recht, Leistungen unter hohen Strafandrohungen anzufordern und zur Erfüllung ihrer Leistungspflicht Genesstände zu beschlagnahmen und zu enteignen. Die Möglichkeit durch freie Vereinbarungen zwischen deutschen Herstellern und französischen Bestelbern angemessene Preise zu erzielen, wird durch das in der Verordnung vorgesehene Preis- und Verteilungssystem vereitelt.

Die vom Wiederaufbauamministerium geplante Organisation von Leistungsverbänden verschiedener Art kann schon deshalb nicht erfolgreich wirken, weil bei der deutlichen Wirtschaftslage ein solche Zentralisierung des Handels, in die auch Industrie und Landwirtschaft einbezogen werden müßten, nicht denkbar ist, ohne die Wirtschaft auf gänzlich andere Grundlagen zu stellen. Da diese Verbände aber theoretisch und praktisch die Vorstufe für eine zukünftige Entwicklung der „Planwirtschaft“ sein können, müssen alle beteiligten Kreise bei der in der nächsten Zeit zu erwartenden Bildung von Leistungsverbänden darüber nachdenken, daß der beschriebene Zwang nicht überhand nimmt und daß der 3. Reichstagsausschuß von seinem Kontrollrecht und seiner Einfuhrbefugnis rechtzeitig jedesmal Gebrauch macht, wenn die Interessen der Erwerbskreise gefährdet sind.

Besonders bemerkenswert für die künftige Arbeit der Leistungsverbände ist es, daß die zum größten Teil überall in den Außenhandelsstellen sich als selbständige Leistungsverbände für den Wiederaufbau zur Verfügung stellen müßten, wodurch die Außenhandelsüberwachung vereinfacht würde, da die Lieferungen durch Außenhandelsstellen nur im Wege von Ausfuhrverboten sichergestellt werden können. Die auf diesem Wege geplante Organisation der Wiederaufbauleistungen erschwert also den Übergang zur freien Wirtschaft und läßt die Zwangswirtschaft in verstärkter Weise in anderer Form entstehen.

Aus diesen Gründen kann der Danza-Bund mit seinem ihm angeschlossenen Verbänden dieser Verordnung nur das allergrößte Mißtrauen entgegenbringen.

Zagegeschichte.

Deutsches Reich.

Freigabe der Einfuhr von Roggen und Weizen. Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht eine Verordnung über die Freigabe der Einfuhr von Roggen, Weizen und Spels vom 18. h. M. ab.

Von der Grabstätte der früheren Kaiserin. Gestern wurde im Park von Sanssouci im Antiken Tempel, der Grabstätte der früheren Kaiserin, ein Marmorarkofopag aufgestellt, der den Sarg der Toten umschließt. Der Sarkophag ist aus schwarzem Marmor hergestellt und ohne jeden Schmuck gehalten.

Wieder ein Schulkreis. Eine Elternversammlung in der Gartenstadt Staaken bei Berlin beschloß am 18. August in den Schulkreis zu treten, um dadurch die Schaffung eines Notgesetzes zu erwirken, das die aus dem funktionellen Religionsunterricht ausgeschlossenen Kinder in freien Schulen zusammenzufassen, läßt.

Verkauf schwedischer Dampfer nach Hamburg. In dem Verkauf schwedischer Dampfer nach Hamburg wird noch gemeldet: Von den durch die Reederei August Bolten in Schweden aufgekauften Dampfern ist gestern als zweiter der Dampfer „Aladdin“ in Hamburg eingetroffen. Der erste Dampfer „Ularid“ befindet sich schon seit dem 30. Juli im Hamburger Hafen.

Die Tätigkeit der außerordentlichen Gerichte beendet. Der Reichsminister der Justiz hat das außerordentliche Gericht in Halle an der Saale am 15. August d. J. aufgehoben. Damit ist die Tätigkeit der außerordentlichen Gerichte, die auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. März 1921 eingesetzt waren, ganz beendet. Die übrigen außerordentlichen Gerichte sind schon früher aufgehoben worden.

Rußland.

Die Beziehungen zu Frankreich. Die Pariser „Gumants“ veröffentlicht eine Erklärung Tschichserins, in der es um Schluß heißt: Möge die französische Regierung ihre Haltung gegen uns ändern, wir werden dann mit offenen Armen alle Kaufleute und Industrielle, die mit uns ernstlich Geschäfte machen wollen, aufnehmen. Möge Frankreich dem Beispiel Englands folgen. Dann stehen ihm alle möglichen Vorteile zur Verfügung.

Die Einfuhr im ersten Halbjahr. Nach einer Kostmeldung hat Sowjet-Rußland im ersten Halbjahr d. J. 188 000 Tonnen Waren eingeführt. Das sind doppelt soviel wie im ganzen vorigen Jahre. Davon waren etwa 69 000 Tonnen Lebensmittel, 38 000 Tonnen Kohlen und Leer, 41 000 Tonnen Metalle und Metallwaren. Die Einfuhr erfolgte über Ostland, Murmansk und Petersburg. Sie stammt aus etwa 20 Ländern. Auf Deutschland kommen hiervon 84 500 Tonnen. Die Einfuhr aus Rußland betrug im ersten Halbjahr 21 043 600 Tonnen gegen nur 10 700 Tonnen im ganzen Vorjahre.

Frankreich.

Zur allierten Finanzkonferenz. Dem „Matin“ zufolge ist es wahrscheinlich, daß die französische Regierung das technische Abkommen der Finanzkonferenz, dem die französischen Sachverständigen zugestimmt haben, einer Nachprüfung unterziehen werde.

Skandinavien.

Finanzkonferenz. Beamte des Schatzamtes geben die Einberufung eines internationalen Kongresses von Finanzleuten in Erwägung, der möglichst mit der Abrüstungskonferenz zusammenfallen und die Vertiefung des Wechselkurs zum Gegenstand haben soll.

Der Friedensvertrag mit Deutschland. Nach einer Erhebung-Meldung wird der Vertrag zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland dem Senat wahrscheinlich nicht vor September unterbreitet werden.